o. 34. — 57. Jahrgang.

erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
5 Pf. monatlich
bei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellengesuche und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
das fette Ueberschriftswort . . . 10 „
Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 21. Januar 1909

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt I, Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wilnerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schützenstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Kaiserallee 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Hobrechtstr.), Kirchdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bismarckstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

ie Kanalrebellion in zweiter Auflage.

atürlich wird sich die neue Rebellion nicht aus einer alfrage entspinnen. Diese ist erledigt, nachdem sie einem glänzenden Siege des Junkertums über Regierung Krone geendigt hat. Aber, wie wir dies nach Bülows Rede schon gestern ausgesprochen haben: Die Nachteuer wird eine neue konservative Rebellion herbeiführen. wenn ein preußischer Ministerpräsident den preußischen ern predigt, daß auch sie einmal, wie alle übrigen Sterbn, im Interesse des Allgemeinwohls Opfer bringen müßten, hört bei den Junkern die Gemütlichkeit auf.

n heutigen Morgenblatt haben wir die Antwort rgegeben, die dem Fürsten Bülow ob seiner Nachlaßaus junkerlichen und agrarischen Kreisen zu teil geen. Sie war ebenso deutlich wie patzig. Die Herren wissen, wie sie mit den preußischen Ministern (mit fluß des Ministerpräsidenten) reden dürfen.

er es kommt noch schöner.

f der gestrigen Jahresversammlung des konserven Provinzialvereins Westpreußens der Abgeordnete v. Oldenburg über die politische Bezugnehmend auf die vorgestrige Rede des Reichsrs Fürsten Bülow im Abgeordnetenhause erklärte er:

Die Rede werde **wesentliche Aenderungen der politischen stellation** und ebenso eine große Aenderung der Stellung Konservativen gegenüber dem Reichskanzler im Gefolge n. Die Nachlaßsteuer sei für die Konservativen unannehm. Die Drohungen vom Ministertische werden **diesmal nicht r ziehen.** Auf Drohungen mit dem Rücktritt des Reichskanzlers nicht mehr eingegangen. Die Abgeordneten müssen mehr bisher Front machen gegen Kompromisse. Wir en **schützend vor dem König stehen** und vor niemandem kreten, nicht vor dem Ausland, nicht vor den süddeutschen okraten, nicht vor denen, die den Block auf Preußen übern wollen. Der Redner schloß mit den Worten Blüchers: t zurück, nach vorne!" (Starker Beifall.)

er Vorsitzende dankte dem Redner im Namen der Versamm und erklärte zum Schluß, daß er ein Telegramm an Reichskanzler, entgegen der sonstigen Gepflogenheit, nal nicht abgesandt habe.

n sieht, die Konservativen verstehen sich trefflich auf ängstigungstechnik: Erst die Drohung mit der Entg des Patents als Agrarier; dann die Versagung eines n Huldigungstelegramms; darüber hinaus die Anng einer konservativen Sezession und der Frontstellung n Bülow. Die Geschichte fängt gut an. Sie kann ustig werden für die Zuschauer der Komödie „Die ier unter sich".

e gesagt — die Lorbeern der Kanalrebellion ermutigen nservativen zu einem frischen, fröhlichen Kriege gegen eichskanzler, obgleich dieser schon so viel für sie getan, m zu tun fast nichts mehr übrig bleibt....

heitere Exposition des Stückes ist fertig. Mit Ver wird man der weiteren Entwickelung folgen.

* * *

Ein weißer Rabe

ng auf die Nachlaßsteuer meldet sich in der „Kreuz". Der Generalleutnant z. D. v. Alten beschwört Parteigenossen mit der stärksten Formel:

meine Gesinnungsgenossen richte ich die mahnende Bitte, diesem Wege voranzugehen und durch opferwillige die Bahn zu ebnen. Manchem ehrenhaften Manne er zum Beispiel die Erweiterung der Erbschaftsr mit Fug und Recht als ein bedenklicher, Traditionen widersprechender Vorschlag. Wenn aber Gefahren beseitigt werden, die der Vererbung des besitzes daraus erwachsen könnten, so sollte er um rohen nationalen Zieles willen seine Bedenken fallen lassen. wird ihn die Erwägung stützen, daß andere große diese Steuer tragen, ohne Schaden am Spar- und tiensinn zu leiden, und daß, wie das Beispiel Japans zeigt, ttere Not die Steuer doch erzwingen würde.

v. Alten scheint die Geschichte des preußischen tums gar nicht oder nur aus sehr einseitigen Darzen zu kennen. Noch nie hat das preußische Junkerür den Staat ohne den schärfsten Zwang Opfer t. Immer hat es das preußische Junkertum verr, seine pekuniär ungemein wertvollen, innerlich durch rch unberechtigten Privilegien weidlich auszunutzen befestigen. Selbst in der Nachlaßsteuervorlage sind m dem Junkertum unerhörte Vergünstigungen zu. Trotzdem macht sie die Junker rebellisch. Darum err v. Alten mit seiner illusionsreichen Annahme, die hen Junker könnten einmal zugunsten der Allgemein. Opfer markieren, ein weißer Rabe bleiben, den die sehr bald von dem Schlachtfelde des Eigennutzes en werden.

Zum Mehlzollstreit

nds mit der Schweiz wird aus Bern gemeldet: In der nach Berlin abgegangenen Note betreffend die Mehlzollfrage Bundesrat unbedingt an seinem früheren Standpunkt, insichtlich der einem Schiedsgericht zu unterbreitenden Frage bezüglich eventueller Freigabe des Mehlzolles fest. Die Bundesrats erörtert auch noch eine weitere Lösung und rner Bezug auf die zwischen den schweizerischen und deutschen zu führenden Unterhandlungen.

In Bülows Stammbuch.

Fürst Bülow hat in seiner vorgestrigen Rede keinen Zweifel daran gelassen, daß er gegen Ausnahmegesetze prinzipiell nichts einzuwenden hat. Darauf schreibt ihm selbst die „Köln. Ztg." ins Album:

Der Reichskanzler gibt gern politische Erinnerungen aus seinem Römischen Aufenthalt zum besten. Es sei daher gestattet, ihn zu erinnern, daß ein hervorragender italienischer Staatsmann, der vor Gewaltmaßregeln, wenn es not tat, keineswegs zurückschreckte, daß Francesco Crispi einmal gesagt hat, die Sozialdemokratie sei nur mit geistigen Waffen zu besiegen. Wir hatten geglaubt, diese Erkenntnis, die damals Aufsehen erregte, sei inzwischen Allgemeingut der politischen Anschauungen in allen Ländern und in allen Kreisen geworden, die die Politik als die Kunst des Möglichen betreiben. Man sorge in Preußen für eine gute und allgemeine Volksbildung, man unterrichte das Volk in seinen staatsbürgerlichen Rechten und gebe das Recht auf Bildung frei, man mache die politische Gleichberechtigung aller zur Wahrheit, man lege die Schranken nieder, die die Stände und Klassen trennen, kurz, man lasse alle Kräfte in freiem Wettbewerb sich entfalten, dann wird es möglich sein, die Besten und Tüchtigsten in den Dienst des Staates zu stellen und sie für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Das sind Forderungen des Tages, vor denen die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht bestehen kann; Ausnahmegesetze und Polizeimaßregeln aber gehören nicht ins zwanzigste Jahrhundert.

Was übrigens die Nationalliberalen und Blockfreisinnigen durchaus nicht hindern wird, einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zuzustimmen, wenn es ihnen vorgelegt wird, und zwar aus den Gründen, die wir gestern erst dargelegt haben.

Graf Hompesch †.

Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Hompesch ist an den Folgen des Schlaganfalles, den er vor einigen Tagen erlitten hat, gestorben.

Graf Alfred v. Hompesch, der Senior der Zentrumspartei, stand im 83. Lebensjahre; geboren wurde er am 16. September 1826 zu Schloß Moordt in Belgien. Er war schon Mitglied des konstituierenden Reichstages und des norddeutschen Reichstages; dem deutschen Reichstage gehörte er seit 1874 an; er vertrat hier ohne Unterbrechung den Wahlkreis Düren-Jülich (Aachen 4), der zum festesten Zentrumsbesitz gehört. Graf Hompesch war auch lebenslängliches Mitglied des preußischen Herrenhauses.

Eine Sonntagsohrfeige.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Herr Landrat a. D. Dr. Heydweiler hielt letzten Sonntag in einer Wählerversammlung in Leimstruth ein Referat im Interesse seiner Partei. Ihm trat als christlich-sozialer Diskussionsredner Herr Redakteur Rafflenbeul, Essen, der Herausgeber der „Arbeit", entgegen. Plötzlich versetzte, so erzählt ein antisemitisches Blatt, Herr Landrat Dr. Heydweiler Herrn Rafflenbeul einen Schlag an die linke Kopfseite. Er hatte zu diesem Schlage mit solcher Wucht ausgeholt, daß Herr Rafflenbeul fast zusammenbrach. — Es wird verschwiegen, wodurch Herr Rafflenbeul Herrn Heydweiler so schwer gereizt hat, daß dieser die Selbstbeherrschung verlor.

Eine interessante Feuerbestattung.

Prinz Ernst von Sachsen-Weimar, der in München gestorben ist, wird auf seinen Wunsch in Ulm durch Feuer bestattet werden. Dies wird die erste Feuerbestattung sein, die an einem Mitgliede eines regierenden Hauses vollzogen werden wird. — Verhülle dein Haupt, o „Kreuz-Zeitung"!

In der „Blohmschen Wildnis",

dem durch den Prozeß Colander unliebsam bekannt gewordenen Erziehungshause geht es jetzt zu wie in einem Taubenschlage. Ein Telegramm aus Glückstadt meldet:

Von den aus dem Mädchenheim Blohmsche Wildnis entflohenen zwölf Fürsorgezöglingen wurden bis gestern abend zehn ergriffen und wieder eingeliefert. Mit Eintritt der Dunkelheit sind wieder fünf Mädchen entwichen.

Das Doppelsprachenproblem.

Im österreichischen Abgeordnetenhause war gestern die ganze Sitzung der Verhandlung der von deutscher sowie von tschechischer Seite eingebrachten Dringlichkeitsanträge betreffend die Doppelsprachigkeit der durch das deutsche Gebiet Böhmens führenden Lokalbahnen gewidmet. Im Laufe der Debatte wurde auch die Prager Postaffäre zur Sprache gebracht. Der Freiallldeutsche Stranskij verlangt einen Erlaß, in dem die deutsche Amtssprache im Postverkehr sichergestellt wird. Die Deutschen können nur in diesem Falle an der Sprachenenquete teilnehmen. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt.

Einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge traten nach der Sitzung die deutsch-freiheitlichen Parteien zu einer Vollversammlung des Nationalverbandes zusammen. Es wurde beschlossen, mit der Nominierung von Kandidaten für die nationale Enquete so lange zu warten, bis die Regierung Verfügungen in der böhmischen Postangelegenheit getroffen hat.

Zu den Studentenkundgebungen

in Paris wird weiter gemeldet: Wegen der gestrigen Streitigkeiten im Quartier Latin wurden im ganzen 120 Personen verhaftet, die bis auf vier, von denen einer Journalist und drei Studierende sind, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Zu den Freigelassenen gehören die Brüder de Cassagnac und der Deputierte Piétry.

Infolge der jüngsten Zwischenfälle an der Universität ist Professor Thalamas ersucht worden, seine Vorträge so einzurichten, daß sie in drei Kurse verlegt werden.

Der Herzog der Abruzzen.

Das Römische „Giornale d'Italia" bezeichnet die im Auslande verbreitete Blättermeldung, der Herzog der Abruzzen beabsichtige, auf seinen Rang in der Marine und auf seine Vorrechte als Mitglied des Königlichen Hauses zu verzichten, als phantastische Erfindung und erklärt gleichzeitig die Nachricht von Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Herzog von Aosta für völlig unbegründet. Richtig sei nur, daß der Herzog der Abruzzen eine Forschungsreise nach dem Himalaya unternehmen wolle, und seine Londoner Reise stehe damit in Zusammenhang.

Serbische Korruption.

Aus Belgrad meldet uns ein Telegramm: Dem Blatte „Zworn" zufolge wurden in der Staatskasse in der letzten Zeit ¼ Million Dinars unterschlagen. Es seien die bei Avancements und Auszeichnungen eingezogenen Gebühren an die Staatskasse nicht abgeführt, sondern von einigen Beamten eingesteckt worden.

Der Konflikt verschärft sich!

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus New-York sind die Urheber der Japanerbill in der kalifornischen Legislatur unnachgiebig und erklären, daß ihnen in den letzten Tagen Hunderte von Zustimmungen zugegangen seien. Der Gouverneur dürfte die Bill, falls sie angenommen werden, votieren. Nach Meldungen aus Tokio sind die Regierungskreise und die Presse, mit Ausnahme der Sensationsblätter, ruhig. — Wenn das nur nicht die Stille vor dem Sturme ist!

Petersburg, 20. Januar. Dem **Marineminister Dikow** ist die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung aus dem Dienste gewährt worden.

Japanische Finanzreform.

Die japanische Regierung geht mit großem Ernst daran, die durch den Krieg dem Lande geschlagenen finanziellen Wunden zu heilen. Ueber das Reformwerk meldet der Telegraph aus Tokio:

Das neue japanische Finanzprogramm, mit dem sich das heute zusammentretende Parlament beschäftigen wird, hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Nach dem Budgetvoranschlage für das Jahr 1909/1910 betragen im Ordinarium die Einnahmen 471,000,000 Yen (gegen 439,000,000 Yen im Vorjahre), die Ausgaben 401,000,000 Yen (gegen 395,000,000 Yen im Vorjahre). Im Extraordinarium sind die Einnahmen mit 45,000,000 Yen (im Vorjahre 144,000,000), die Ausgaben mit 115,000,000 Yen (im Vorjahre 159,000,000) veranschlagt. Nicht einbegriffen sind hierin Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen, die von dem laufenden Finanzjahre an, getrennt von dem allgemeinen Budget, in besonderer Rechnung geführt werden. Da die Regierung den Grundsatz vertritt, daß dauernde Ausgaben durch die dauernden Einnahmen gedeckt werden müssen, werden die Ausgaben für das Fernsprechwesen und die Eisenwerke ꝛc., die bisher durch eine Anleihe bestritten wurden, von nun an durch die ständigen Einnahmen ausgeglichen werden. Eine neue Anleihe wird nicht ausgegeben, mit Ausnahme einer solchen für die Werke auf Formosa, die jedoch nicht auf den Markt gebracht, sondern durch besondere Mittel beschafft werden soll.

Für die Schuldentilgung sollen in Zukunft jedes Jahr mindestens 50,800,000 Yen aufgewendet werden. Im Budget für 1909/1910 sind für den Staatsschuldenkonsolidierungsfonds insgesamt 183,000,000 Yen vorgesehen. Vom nächsten Jahre ab soll überdies der Betrag für die Schuldentilgung jährlich um so viel erhöht werden, als durch die Rückzahlungen der früheren Jahre an Zinszahlungen gespart wird. Diese Maßnahme wird die Regierung instandsetzen, innerhalb der auf 1909/1910 folgenden 27 Jahre die gesamte sich auf 2,600,000,000 Yen belaufende Staatsschuld einschließlich der Anleihe für die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu tilgen. Um dieses Ziel erreichen zu können, hat die Regierung verschiedene Arbeiten vertagt und an den Verwaltungsausgaben Abstriche in Höhe von 5,300,000 Yen gemacht. Die Regierung rechnet ferner damit, daß, wenn die Ausgaben und die dauernden Einnahmen in Zukunft dieselben sein werden, wie in 1909/1910, Einnahmen und Ausgaben jedes Jahres nicht nur balanzieren, sondern mit einem Einnahmenüberschuß abschließen werden, der in manchen Jahren über 20,000,000 Yen hinausgehen wird. Die Regierung ist weit davon entfernt, sich der Notwendigkeit einer Steuerreform zu verschließen, sie beabsichtigt jedoch zunächst alle Aufmerksamkeit der Schuldentilgung zuzuwenden, um die Finanzen des Landes auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Ob das Deutsche Reich auch noch einmal soweit kommen wird?

Die höheren Techniker

und ihre Vertretung.

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Aufrufs ersucht:

Der Stand der deutschen Techniker, soweit sie höhere technische Arbeit leisten, entbehrt bis heute einer umspannenden Organisation zu erfolgreicher Vertretung seiner Interessen, wie andere Berufsstände sie längst besitzen. Immer wieder wird der Wirkungskreis des höheren Technikers beengt und auf einseitige spezialtechnische Aufgaben beschränkt, sein Einfluß in staatlichen, städtischen und privaten Verwaltungen und Unternehmungen ist gering. Ja, man scheint sich mitunter, wie die Tatsachen lehren, Techniker an die Spitze großer technischer Unternehmungen zu berufen. Selten findet man in deutschen Parlamenten einen Techniker, obwohl die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Technik von Jahr zu Jahr einen breiteren Spielraum einnehmen.

In weiten technischen Kreisen wird dieses bitter empfunden, ohne daß es den heute bestehenden technischen Vereinen noch auch ihren Verbänden trotz eifrigster Bemühungen gelingen konnte, Abhilfe zu zu schaffen.